



# Schweiz, Filz und Neoliberalismus

Die Wiedergeburt des Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg fand auf dem Mont Pèlerin bei Vevey statt. Das helvetische Netzwerk freiheitlicher Ökonomen war breit: NZZ, Institut für Auslandforschung, Economiesuisse – und immer wieder die «Schweizer Monatshefte». Eine Spurensuche.

von Andrea Franc

Dieser Aufsatz ist ein Beitrag zur jüngeren Schweizer Wirtschaftsgeschichte. Sie ist ohne jene Bewegung nicht denkbar, die gemeinhin Neoliberalismus genannt wird. Dabei spielen viele Schweizer Namen eine Rolle, die überraschen mögen: Willy Betscher, Carlo Mötteli, Karl Brunner, Albert Hunold, Gerhard Winterberger. Und es wird sich zeigen, dass der Neoliberalismus sich nicht mit dem deckt, was heute viele, journalistisch verbildet, darunter verstehen. Aber gehen wir der Reihe nach.

Für die neue Ausrichtung einigte man sich auf «Neoliberalismus» (im Gespräch war ebenfalls «linker Liberalismus»).

Die Mont Pèlerin Society (MPS), der gedankliche Hort des Neoliberalismus, wurde 1947 im Hotel du Parc auf dem gleichnamigen Berg bei Vevey gegründet. Zu ihren Gründungsmitgliedern zählten die späteren Ökonomen- Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek und Milton Friedman sowie der damals in Genf lehrende Ökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke, eine prägende Figur der sozialen Marktwirtschaft.

Wie ist es zur Gründung der MPS gekommen, die auch heute noch existiert, wenn sie auch viel von ihrem Zauber verloren hat?

Röpke und Hayek hatten sich 1938 am Colloque Walter Lippmann in Paris getroffen, das der französische Philosoph Louis Rougier zu Ehren des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann abhielt, um zusammen mit Intellektuellen wie Raymond Aron, Michael Polanyi und anderen darüber nachzudenken, wie dem freiheitlichen Denken im 20. Jahrhundert neues Leben einzuhauchen sei.<sup>1</sup> Der Ruf der Marktwirtschaft hatte nach der Grossen Depression in den USA, der Weltwirtschaftskrise und der Hyperinflation stark gelitten, zentralwirtschaftliche Planung gab nach dem Ersten Weltkrieg den Ton an. Die Wirtschaft des Laissez-faire, wonach der Staat nicht in das Marktgeschehen eingreift, sondern sich auf den Schutz des Eigentums beschränkt, war zu einem Schimpfwort mutiert. In der Sowjetunion herrschte Kommunismus, in Deutschland und Italien faschistische Staats-

## Andrea Franc

ist promovierte Wirtschaftshistorikerin, war Redaktorin des Historischen Lexikons der Schweiz und arbeitet an einem Forschungsprojekt zur Zollpolitik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern.

wirtschaft, während die angelsächsischen Länder dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes folgten. Dieser hatte bereits 1926 das Ende des Laissez-faire angekündigt und vertrat in seiner «General Theory of Employment, Interest, and Money» von 1936 die These, dass die Wirtschaft durch Staatsausgaben – *deficit spending* – angekurbelt werden müsse.

Nach dem Erscheinen der «General Theory» wurden alle Ökonomen, die nicht Sozialisten waren, zu Keynesianern, die Notwendigkeit des staatlichen Interventionismus zur Führung der Wirtschaft wurde zu einem neuen Dogma. Die liberalen Ökonomen, die sich 1938 trafen, waren bloss ein kleines übriggebliebenes Häuflein, das weiter von der spontanen Ordnung des freien Marktes überzeugt war. Auch dieses letzte Häuflein rückte indes angesichts der Massenarbeitslosigkeit und Hyperinflation vom Laissez-faire ab und kam überein, dass dem Staat doch eine Aufgabe zukäme, nämlich Wettbewerb im Markt herzustellen. Der Staat erlässt Gesetze, die Monopole, Kartelle und Absprachen verbieten. Für die neue Ausrichtung des Liberalismus einigte man sich auf den Begriff «Neoliberalismus» (im Gespräch waren ebenfalls «linker Liberalismus» und «Sozialliberalismus»). Ludwig von Mises, der noch bis 1973 in New York als Verteidiger des Laissez-faire die Stellung hielt, wurde fortan zum Paläoliberalen gestempelt.

## Geld und NZZ-Redaktoren

In den Jahren des Zweiten Weltkriegs trug sich Hayek mit der Idee, zusammen mit Röpke eine Zeitschrift zu gründen. Dabei wurde er tatkräftig unterstützt von Alfred Hunold, Geschäftsmann und Leiter des Instituts für Auslandforschung in Zürich. Hunold brachte dank seinen guten Kontakten zur Schweizer Privatwirtschaft nicht nur mehrere zehntausende Franken für das Zeitschriftenprojekt auf, sondern versorgte Hayek in London auch mit Büchern, Lebensmitteln und Schweizer Uhren.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Philip Plickert: Wandlungen des Neoliberalismus, Lucius & Lucius, Stuttgart 2008.

Als sich Hayek und Röpke wegen des Zeitschriftenprojekts in die Haare gerieten, verfiel ersterer auf die Idee, eine Gesellschaft zu gründen, die den Gedankenaustausch 1938 in Paris weiterführen sollte. Hunold, Karl Brunner, der damals bei der SNB angestellt war und später zu einem wichtigen Vordenker des monetaristischen Geldsystems mit freien Wechselkursen und unabhängigen Zentralbanken wurde, sowie NZZ-Wirtschaftsredaktor Carlo Mötteli erarbeiteten 1943 ein Konzept für einen kleinen Kreis von Ökonomen, die sich weiterhin der Marktwirtschaft verpflichtet fühlten. Der Studienkreis sollte dazu dienen, die Ideen des Liberalismus im 20. Jahrhundert weiterzudenken.

Hunold hielt organisatorisch alles in der Hand und stand mit Hayek und Röpke in enger persönlicher Freundschaft, die den späteren Zwist um die Ausrichtung der Gesellschaft in den 1960er Jahren umso tiefer machte. Die drei Schweizer Gründungsmitglieder der Society waren Röpkes Genfer Kollege William Rappard vom Institut de Hautes Etudes, der frühere NZZ-Redaktor und Professor Hans Barth sowie Hunold, der als Sekretär der MPS bestätigt wurde. Bald darauf stiessen neue Personen dazu: die NZZ-Redaktoren Willy Bretscher, Carlo Mötteli, Ernst Bieri und Richard Ottinger, der 1942 in Bern eingebürgerte österreichische Ökonomieprofessor Alfred Amonn, die Zürcher Professoren Werner Kägi, Max Silberschmidt sowie Hans Sulzer, der aus der Winterthurer Industriellendynastie stammte und für die Finanzierung eine bedeutende Rolle spielte. Weitere Mitglieder dieser Zeit lehrten in der Schweiz, so der Deutsche Friedrich A. Lutz in Zürich oder der Pole Michael A. Heilperin in Genf. Die meisten der genannten Intellektuellen schrieben für die «Monatshefte». Im Jahr 1959 erhielt Röpkes junger Protégé Gerhard Winterberger die Einladung zum Beitritt in die MPS; er hatte bei Röpke und Walter Eucken in Genf studiert und war damals aufmüpfiger Sekretär der Vereinigung für gesunde Währung, die der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nahestand.

### **Röpke, Rüstow, Erhard, Mises, Hayek**

Die Schweizer Mitglieder der Anfangsjahre der MPS stammten überwiegend aus dem Zürcher Kreis um die NZZ und die «Schweizer Monatshefte» (SMH). Die «Schweizer Monatshefte» stellten das intellektuelle Publikationsorgan der deutschsprachigen MPS-Mitglieder dar. Wilhelm Röpke, der Vielschreiber, publizierte nicht nur regelmässig in der NZZ, sondern auch über 30 ausführlichere Artikel in den «Monatsheften». Sein Freund Alexander Rüstow verfasste ebenfalls zwei Artikel, Euckens Frau Edith Eucken-Erdsieck deren drei, Ludwig Erhard deren drei. Die österreichische Schule der Nationalökonomie war in den «Monatsheften» prominent durch Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und Gottfried von Haberler vertreten, alle drei mit mehreren Texten. Die «Monatshefte» bildeten in den 1950er und 60er Jahren, als in der Ökonomie die Mathematisierung bzw. Technisierung einsetzte, eine wichtige Plattform, um die angewandten Fragen neoliberaler Theorie zu diskutieren und deren ideengeschichtliche Hintergründe zu erörtern.

# 272 Seiten...

Peter Dürrenmatt

Edgar Bonjour

Hermann Hesse

Wilhelm Röpke

Marion Gräfin von Dönhoff

Friedrich August von Hayek

Karl Popper

Herbert Lüthy

Jean Starobinski

Raymond Aron

Theodor W. Adorno

Willy Linder

Richard Reich

Peter von Matt

Mario Vargas Llosa

Vernon Smith

Didier Sornette

Thomas Hürlimann

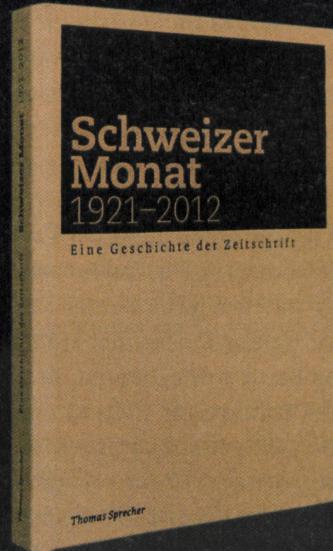
Beat Kappeler

Reiner Eichenberger

Norbert Bolz

Peter Sloterdijk

# ...von den gelben Heften zum goldigen Autoren- und Debattenmagazin.



Dieses Buch bietet auf 272 Seiten  
die Darstellung der bewegten Geschichte  
einer traditionsreichen Zeitschrift  
von der Gründung bis zur Gegenwart.  
Vom Kampf gegen den Völkerbund  
zum Einsatz für liberale Werte.

SMH Verlag AG  
Schweizer Monat 1921–2012  
Eine Geschichte der Zeitschrift  
Thomas Sprecher  
Zugleich das Neujahrsblatt 2013  
der Gelehrten Gesellschaft Zürich  
Preise CHF zzgl. Versandspesen  
auch erhältlich im Buchhandel

**Bestellen Sie jetzt das erste Buch unseres Verlags.**

Für Abonnenten des «Schweizer Monats» zum Vorzugspreis von CHF 30.– (statt CHF 39.–).  
Senden Sie uns eine E-Mail an [leserservice@schweizermonat.ch](mailto:leserservice@schweizermonat.ch)  
oder rufen Sie uns an unter +41 44 361 26 06

Die meisten der MPS-Mitglieder publizierten in den «Monatsheften», als sie bereits anerkannte Wissenschaftler waren. Fritz Rieter, der damalige Präsident des Vereins zur Herausgabe der «Schweizer Monatshefte», erstellte und pflegte enge Kontakte zu den profilierten Autoren der Nachkriegszeit und gewährte ihnen grosse publizistische Freiheit. Diese Haltung kam der Zeitschrift zweifellos zugute, und die prominenten Autoren wussten den gewährten Freiraum auch zu schätzen. Rieters Motive allerdings waren wohl eher persönlicher als weltanschaulicher Natur; es scheint im Rückblick, dass der Oberst im Ruhestand auf diese Weise seine eigene deutschfreundliche Haltung in den 1930er Jahren wiedergutzumachen versuchte.

Mit Blick auf die schweizerische Wirtschaftspolitik waren die «Monatshefte» der Ort, wo die Vertreter des Neoliberalismus ihre Sicht darlegen und sich untereinander austauschen konnten, mehr Thinktank als politischer Interessenverein. Viele Ideen blieben graue Theorie; die Umsetzung war bloss in Ansätzen möglich, da die meisten Autoren nicht praktisch tätig waren. Es gab unter den MPS-Mitgliedern freilich Ausnahmen: Professoren wie Alfred Amonn, der in zahlreichen Expertenkommissionen mitwirkte, oder die NZZ-Redaktoren Ernst Bieri und Willy Bretscher, die für kurze Zeit im Nationalrat sassen. Über den grössten praktischen Einfluss verfügte indes zweifellos Gerhard Winterberger. Im Laufe der Jahre verfasste er 19 längere Texte für die «Monatshefte». Als Direktor des Vororts (heute Economiesuisse) von 1970 bis 1987 war er ein wirtschaftspolitisches Schwergewicht, man könnte auch sagen: ein politischer Machtfaktor. Aber hat er seine Macht auch genutzt? Anhand von Winterbergers Biographie lässt sich beispielhaft verfolgen, ob und wie die in der MPS diskutierten neoliberalen Ideen auch tatsächlich in die schweizerische Wirtschaftspolitik eingeflossen sind. Dazu gleich mehr.

## Der Einfluss der Schweizer

Es wäre verfehlt zu glauben, die Schweizer Mitglieder der MPS hätten einzig die Rolle der ehrfürchtigen Sprachrohre der späteren Nobelpreisträger Hayek und Friedman übernommen. Im Gegen teil riss Albert Hunold die Geschäfte schon kurz nach der Gründung der Gesellschaft zunehmend an sich und manövrierte sich in einen tiefen Zwist mit Hayek. Einerseits hatte Hunold in Eigenregie im Namen der Gesellschaft Propagandaarbeit betrieben, anderseits hatte er bei einem Treffen der MPS an der Princeton University in den USA verschiedene Mitglieder stark kritisiert und sogar angeschrien, so dass er als Sekretär nicht mehr tragbar war. Hunold vermochte den gesundheitlich angeschlagenen Röpke, der daraufhin 1961 von Hayek den Vorsitz der MPS übernahm, auf seine Seite zu ziehen. Hunold provozierte um ein Haar die Spaltung der Gesellschaft; dabei hatte er sich zuvor um eine Professur für Hayek in Zürich bemüht. Das Verhältnis der Mitglieder der Zürcher Gruppe der MPS zu Hayek blieb denn auch später, wie aus neu erschlossenen Briefen hervorgeht, höflich distanziert. Erst in den 1980er Jahren, als Hayek von Chicago nach Freiburg im Breisgau übersiedelte, kamen sich er und Winterberger

näher und korrespondierten miteinander. Zu den Chicagoer Professoren Milton Friedman und George Stigler, welche die Lösung der «Hunold-Affair» beziehungsweise den Austritt Hunolds und Röpkes aus der MPS 1962 zu verantworten hatten, pflegten die Zürcher keine Beziehungen. Die Chicagoer Schule war den Schweizern nicht nur wegen ihrer Ausbootung Hunolds, sondern auch in ihrer Denkweise zu fremd.

Der Freisinn war dem helvetischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts verpflichtet. Nach seinen politischen Errungenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat er sich von einer radikalen zu einer moderat konservativen Kraft gewandelt, die nie die Absicht hatte, sich die Chicagoer Neo-Radikalität zu eigen zu machen. Der Freisinn verfolgt bis heute eine Strategie der Verteidigung des Status quo, auch wenn er dies natürlich nicht offen sagt – diese Reformresistenz trug ihm nach 1989 den Vorwurf ein, eine Partei der Stagnation zu sein. Ein gutes Beispiel ist das Thema der Bildung bzw. Ausbildung. Für Ludwig von Mises war die Ablehnung staatlicher Schulen selbstverständlich, weil er darin ein Mittel zur Indoktrinierung und Assimilierung der Individuen durch Vertreter eines potentiell gefährlichen Staates sah. Die neo-

**Die «Monatshefte» waren der Ort, wo die Vertreter des Neoliberalismus sich untereinander austauschen konnten.**

liberale Chicagoer Schule unter Milton Friedman nahm das klassisch-liberale Anliegen auf und erarbeitete die Idee der freien Schulwahl unter Wettbewerbsbedingungen. Egal, ob staatlich oder privat, die Eltern sollen selbst entscheiden können,

welche Schule für ihr Kind passt, der Staat soll sie nicht bevormunden. Seine Idee der School-Voucher fand in der hiesigen Politik freilich nie wirklich Anklang. In der föderalistisch geprägten Schweiz, in der im System der Gemeindeautonomie die Dorforschullehrer durch eine Bürgerkommission gewählt wurden und das Schulsystem und die Lehrpläne durch direktdemokratische Mittel mitbestimmt wurden, waren und sind solche neoliberalen Forderungen kaum mehrheitsfähig.

Auch Friedmans erfolgreicher Propagandafeldzug (mit dabei war der junge Donald Rumsfeld) zur Abschaffung des «Draft», also der Milizarmee in den USA, während des Vietnamkriegs stiess in der Zürcher MPS-Gruppe nicht auf Gegenliebe. Kein Wunder, fiel Friedmans Name selten bis nie in der NZZ; er ist symptomatischerweise mit keinem Text in den «Monatsheften» vertreten, und er fuhr mit seiner Frau Rose direkt in die Skiferien nach Arosa, ohne zuvor in Zürich eine Einladung wahrzunehmen. Die Zürcher MPS-Fraktion orientierte sich vielmehr an den Gedanken Wilhelm Röpkes, der seinerseits Dauergast in den «Monatsheften» war und den wirtschaftspolitischen Kurs der NZZ im und nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich prägte. Noch im 21. Jahrhundert war in den Spalten des Wirtschaftsteils der NZZ eine eigentliche Röpke-Verehrung auszumachen – einer

seiner vehementesten Fürsprecher war MPS-Mitglied Gerhard Schwarz, bis vor kurzem Leiter der Wirtschaftsredaktion der NZZ, heute Direktor von Avenir Suisse.

In den ersten zwei Jahrzehnten wurde die MPS stark von den Deutschen dominiert. Eucken, der als einziger der eingeladenen Deutschen zum Gründungstreffen 1947 in die Schweiz reisen konnte, war unter den Amerikanern hochgeachtet. In den ersten Jahren waren sich die Chicagoer Fraktion und die deutsche und Schweizer Gruppe, die mit Erhard die soziale Marktwirtschaft entwickelte, noch sehr nahe. Die Zusammenkunft von 1947 muss denn auch in der historischen Dimension gesehen werden: Ein funktionierender Markt war für Europa, insbesondere für Deutschland, eine Frage des Überlebens in den Trümmern und der Weg zur Verhinderung weiterer Kriege. Eucken durfte 1947 im Hotel Mont Pèlerin seine erste Orange nach mehreren Jahren verspeisen.

### Gerhard Winterberger

Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alexander Rüstow entwickelten das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das in den Spalten der NZZ hochgelobt wurde: Wettbewerbswirtschaft,

### Winterberger beklagte sich bei Röpke über die Verachtung der Stadtzürcher SNB-Ökonomen für Bauerntum und Gewerbe.

die Ära Erhard zu Ende und Deutschland geriet in sozialdemokratisches Fahrwasser. Nach dem politischen Sturz Erhards reagierte Carlo Mötteli sofort mit einer klassischen NZZ-«Sonntagspredigt», worin er erklärte, «der gemeinsame Weg» sei nun vorbei. Dies war der Startschuss zu einer bis heute anhaltenden Dauerattacke der deutschen Wirtschaftspolitik aus den Spalten der NZZ.

Nebst der Betonung der Rolle eines starken, aber schlanken, nach wettbewerblichen Kriterien funktionierenden Staates im Bereich des Sozialen hingen Röpke und seine Schüler einer Bauern-, Gewerbler- und Mittelstands-Utopie an. Röpke sah diese Vorstellung in der Schweiz verwirklicht; seine Schweizer MPS-Kollegen lagen ihm auch deshalb zu Füßen, weil er ihnen aus der Seele sprach. In den «Monatsheften» schrieb er 1960 in einem noch heute lesenswerten Aufsatz mit dem Titel «Die Schweiz im Strome der Weltwirtschaft», nachdem er die ausgeprägte, der Ressourcenarmut geschuldeten Wirtschafts- und Arbeitsethik der Bewohner der Alpenrepublik gelobt hatte: «Die Schweiz beweist, dass ein Land ohne Industrie-Giganten an die Spitze der Nationen klettern kann, was den Reichtum pro Kopf der Bevölkerung anbetrifft.» Winterberger griff genau diese romantische Überhöhung des Bauerntums heraus, die in der Wissenschaft jeweils als Hauptkritikpunkt an Röpke angeführt wird. Und er machte aus ihr eine

«schweizerische Eigenart». Exemplarisch ist der gleichnamige Essay «Schweizerische Eigenart und europäische Integration», ebenfalls 1960 in den «Monatsheften» erschienen, wo er in Röpke-verwandter Diktion schreibt: «Die Natur, der karge Boden und vor allem die grossen Nachbarn ringsherum haben es der Eidgenossenschaft durch all die Jahrhunderte nie leicht gemacht.»

Winterberger brachte die «schweizerische Eigenart» zeitlebens als Argument vor, um den Status quo zu verteidigen, sei es in seiner Kritik des Kartellgesetzes, das er mit volkskundlichen Hinweisen auf Bäuerinnen im Haslital untermauerte, oder bei der Einführung des Paritätslohns für Bauern, als dessen geistiger Vater er gilt. Winterberger war kein gebürtiger Zürcher, sondern Sohn des Rektors der Gewerbeschule Thun und Enkel eines Bergbauern aus dem Oberhasli. Er studierte während des Krieges in Bern Nationalökonomie, die damals noch in die Rechtswissenschaften eingebettet war. Zu seinen Lehrern gehörten der bereits erwähnte Alfred Amonn und Fritz Marbach, sozialdemokratischer Nationalrat und Vater des Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie von 1937. Nach dem Krieg verbrachte Winterberger einige postdoktorale Semester am Institut International de Hautes Etudes in Genf, wo er Walter Eucken als Gastprofessor hörte und Röpke kennenlernte. Nach kurzen Stationen als Mitarbeiter der eidgenössischen Preiskontrollstelle, der Solothurnischen Handelskammer und als Leiter des Verbands Schweizerischer Kunstseidenfabriken begann Winterberger 1961 seine Karriere als Sekretär beim Vorort. Lange hielt er auch einen Sitz in der Geschäftsleitung und dem Vorstand der Volkswirtschaftskammer des Berner Oberlandes. Bereits von 1953 bis 1956 hatte er das Sekretariat des Vereins für gesunde Währung geführt, war aber einerseits durch seine volkskundlichen Publikationen zum Oberhasli, andererseits auch aufgrund seiner Verteidigung der neoliberalen Ökonomen innerhalb des SNB-nahen Vereins angeeckt.

In einem seiner Briefe an Röpke beklagt er sich: «Was den Ausschuss der Vereinigung anbetrifft, so lehnt derselbe jeden grossen Nationalökonom ab. Dieser Ausschuss, bestehend aus vier Herren, wird von Dr. Ernst Ackermann, alt Direktor der Nationalbank, dominiert. Derselbe Ackermann war bis vor vier Monaten Präsident oder Mitglied einer ganzen Reihe eidgenössischer Kommissionen. Ackermann hat, da er von Nationalökonomie nichts versteht, eine Antipathie gegen Friedrich A. Lutz, gegen Alfred Amonn, gegen [Walter Adolf] Jöhr, [Emil] Küng und auch gegen Sie. Es ist mir beispielsweise nie gelungen, den Ausschuss dazu zu bewegen, Sie oder einen der genannten Herren zu einem Referat im Schosse der Vereinigung einzuladen. Ihre Arbeiten dürften in der wpk [Währungspolitische Korrespondenz] nicht erwähnt werden, höchstens im Sinne einer Kritik.»

Nicht nur schien man im Umfeld der SNB kein Interesse an der geldtheoretischen Forschung der neoliberalen Ökonomen zu haben, der Berner Winterberger beklagte sich bei Röpke auch über die Verachtung der Stadtzürcher SNB-Ökonomen für Bauerntum und Gewerbe: «Einige Volkswirtschafter der Nationalbank haben sich mir gegenüber sogar geäussert, die Bergbauern sollten in die Fabrik

abwandern. Es mache nichts aus, wenn die Bergbevölkerung stark zurückgehe, der Bergbauer verschwinde und die Verstädterung erhebliche Fortschritte mache. Die Kultur sei nur in den Städten zuhause etc. etc. Ich habe den betreffenden Herren u.a. empfohlen, Ihre Bücher zu lesen und sich im übrigen vermehrt mit Geschichte, Politik und Soziologie statt nur mit Bankenbilanzen zu befassen.» Damit stiess er bei Röpke auf offene Ohren. Winterberger hatte 1955 in der NZZ erstmals zur Agrarpolitik publiziert, es folgten zahlreiche weitere Wortmeldungen zum Bauerntum und seiner kulturellen Bedeutung, die er gerne mit seinen eigenen volkskundlichen Studien zum Oberhasli untermalte. Mit seiner konstanten publizistischen Verteidigung des Bergbauerns als eigener Kultur und seiner Beschwörung der bäuerlichen Eigenart der Schweizer hat Winterberger als Neoliberaler den Weg für den schweizerischen Agrarprotektionismus geebnet.

### Der Vorort und die Marktwirtschaft

Die schweizerische Volkswirtschaft war bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein nach Aussage von Walter Wittmann «korporatives Wirtschaftssystem».<sup>2</sup> Der Freiburger Ökonom, übrigens ebenfalls ein Neoliberaler, sieht in der Gründung des Vororts 1870 nichts anderes als den Ausdruck des frühen helvetischen Filzes – korporatistisches Wirtschaftssystem und genossenschaftlicher Staatsaufbau passen durchaus zueinander. Der Zweite Weltkrieg brachte die gänzliche Einbindung von halbstaatlichen Verbänden und Syndikaten in die Bundesverwaltung, wobei der Direktor des Vororts Heinrich Homberger als Bindeglied zwischen Unternehmen und Bund wirkte und zur zentralen Person der Kriegswirtschaft wurde. Gemäss dem Basler Ökonom Silvio Horner hat die Schweiz mit dem sogenannten Wirtschaftsartikel von 1947 die neoliberalen Wende verpasst: «Die Verbände erhielten nunmehr als offizielles Geschenk das Recht auf «Vernehmlassung». Die organisierten Interessen sowohl der Privatwirtschaft wie der Verwaltung hatten sich im Zentrum des Systems eingestet.»

Als Winterberger 1970, nach neun Jahren unter Homberger und kurz unter Peter Aebi, zum Vorortsdirektor ernannt wurde, stand er nicht nur einem weit verästelten parastaatlichen Verbandsgebilde vor, sondern trat auch die inoffizielle Stelle als «achter Bundesrat» an. Dieses Amt, das mit Geschäften hinter den Kulissen einherging, war aber vermutlich einfacher zu meistern als die Rolle des Verteidigers der Marktwirtschaft gegenüber der interessierten Öffentlichkeit und gegenüber Schweizer Intellektuellen wie Max Frisch, Jean Ziegler, Paul Nizon oder Lorenz Stucki, in der sich Winterberger nach Röpkes Tod 1966 und nach den Studentenunruhen 1968 wiederfand. Den Direktor des Vororts plagte nicht nur die reale Sorge bezüglich eines Systemwechsels im eigenen Land; er empfand die Systemkritik auch als eine anti-patriotische Verunglimpfung der Heimat.

Winterberger sprach nie von Kapitalismus, sondern konsequent von Marktwirtschaft beziehungsweise von der Handels- und Gewerbefreiheit, wie sie sich seit der frühen Neuzeit in der alten Eidgenossenschaft herausgebildet hatte und wie sie

schliesslich in Artikel 31 in der Bundesverfassung von 1874 in Stein gemeisselt worden war. Die Infragestellung der helvetischen – also gleichsam genossenschaftlich organisierten – Marktwirtschaft war für Winterberger keine theoretische Diskussion der nationalökonomischen Systeme, sondern die Infragestellung der Schweiz, seines Heimatgefühls und seiner eigenen Identität. Jahr ein, jahraus redete Winterberger in Vorträgen vor regionalen Handelskammern, Gewerbeverbänden, Vereinigungen oder an Jubiläumsfeiern den Schweizer Ökonomen und Unternehmern ins Gewissen: «Ohne freiheitliche Philosophie, welche die Führungskräfte von Politik und Wirtschaft sowie die Lehrkräfte aller Stufen erfüllt, wird es kaum möglich sein, das marktwirtschaftliche System auf die Dauer durchzuhalten.»

Als Vorortsdirektor stärkte er das Amt des Pressechefs, ab 1975 betrieb der Vorort unter Kurt Wild eigentliche PR. An einer Klausurtagung des Vororts im September 1975 – im April hatte die Rote-Armee-Faktion die deutsche Botschaft in Stockholm besetzt – regte Winterberger nicht nur eine bessere Kommunikation der Leistungen der Schweizer Unternehmen gegenüber der Öffentlichkeit an, sondern forderte auch eine eigene innova-

tive volkswirtschaftliche Denkleistung innerhalb des Vororts: «Wir brauchen jemanden, der die Zukunft durchdenkt; die Initiative darf nicht dem politischen Gegner überlassen bleiben, auch nicht der Bundesverwaltung.»

Mit Frank Rühl, der zu dieser Zeit noch als Post-Doc an der University of California in Los Angeles weilte, sollte der Vorort denn auch einen solchen volkswirtschaftlichen Mitarbeiter einstellen. Das Bewusstsein, dass das wirtschaftliche Geschehen in den Köpfen der Leute und insbesondere der Intellektuellen bestimmt wird, war eine der einigenden Überzeugungen der MPS-Mitglieder – gut möglich, dass Winterbergers Impuls zur Öffentlichkeitsarbeit daher rührte.

Weder dem Vorort als Verband noch dem Ökonomen Winterberger gelang es jedoch, die Strahlkraft eines Max Frisch oder Jean Ziegler zu entwickeln. Dessen war er sich durchaus bewusst: «Die Entscheide über die Zukunft der Privatwirtschaft und einer freiheitlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fallen nicht allein in den Leitungen der Unternehmungen und der Spaltenverbände, sondern vor allem auch an den Schreibtischen der Denker, Wissenschaftler und Publizisten sowie in der täglichen Kleinarbeit der Politik.» Insbesondere Max Frisch musste Winterberger als ernstzunehmenden Gegner empfunden haben, als er notierte: «Eine Analyse der innenpolitischen Situation müsste auch die Haltung massgebender Schriftsteller und Dichter zum schweizerischen Staat, zum Bürgertum,

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Walter Wittmann: Der helvetische Filz. Frauenfeld: Huber, 2002.

zur Marktwirtschaft zu umreissen suchen; den Gründen ihres Unbehagens, ihrer Ablehnung, ihrer Ressentiments, ihrer ambivalenten Haltung nachgehen.» Offensichtlich war Winterberger Karl Schmids «Unbehagen im Kleinstaat» (1963) bekannt, eine literaturkritische Untersuchung der mentalen Befindlichkeit von Schweizer Schriftstellern, die angeblich an der Kleinheit und der Unbedeutsamkeit der Schweiz auf der weltpolitischen Bühne litten.

### Keine neoliberalen Revolution

Während die neoliberalen Rezepte in den 1980er Jahren mit Reagan und Thatcher in den angelsächsischen Ländern sowie unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds in mehreren Ländern des Südens zur Anwendung kamen, blieben in der Schweiz PTT, SBB, SRG, die Milizarmee, das Schul- und Gesundheitswesen, die Landwirtschaft und viele weitere Bereiche unangetastet. Eine für die Öffentlichkeit sichtbare, vermeintlich neoliberalen Entwicklung vollzog sich im Rückgang bzw. den Strukturveränderungen in der Industrie. Von 1900 bis 1960 waren in der Schweiz konstant um die 45 Prozent der Erwerbstätig-

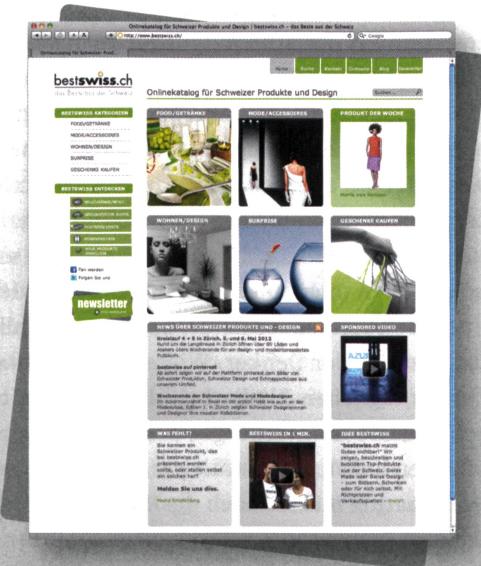
gen in Industrie und Gewerbe beschäftigt. Danach kam es zu einer Verlagerung der Arbeitsplätze in den Dienstleistungssektor, so dass 1980 noch 30 Prozent und 2005 noch 23 Prozent im zweiten Sektor beschäftigt waren. Diese Entwicklung hatte jedoch nichts mit einer neoliberalen Preisgabe dieser Branchen an den Weltmarkt zu tun, sondern mit der Konkurrenz der Schwellenländer in Asien, die das behäbige Europa überraschte.

Winterberger war damit beschäftigt, die Schweiz auf den bilateralen Kurs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzuschwören. Die Ablehnung eines EWG-Beitritts war für die Schweizer MPS-Mitglieder, gestützt auf Röpkes Kritik an Bürokratie und Zentralismus, stets selbstverständlich. In der MPS war eine europäische Einigung im Sinne von Abbau von Handelschranken seit der Gründung begrüßt worden, während die Gefahr zentralistischer Tendenzen bereits in den 1940er Jahren luzide antizipiert worden war. Minutiös bereitete der Vorort die unzähligen Handelsabkommen bis auf die Tarifposition genau mit Verbänden und Unterverbänden vor, die zum Teil nur zwei Firmen umfassten. Aus den Akten der Bundesverwaltung wird ersichtlich, dass der «hochverehrte Herr Doktor Winterberger»

Anzeige

## Online-Galerie für Schweizer Top-Produkte

**www.bestswiss.ch macht Gutes sichtbar!**



**Gutes**

**bestswiss.ch bebildert und beschreibt tolle Produkte aus der Schweiz.**

**Informationen, Bilder, Bezugsquellen erfolgen über die Online-Galerie**

**bestswiss.ch**  
das Beste aus der Schweiz

stets auf dem laufenden gehalten wurde, und zwar in gewählter Sprache und ohne handschriftliche Ergänzungen oder Tippfehler, wie es in Mitteilungen an die Departementsvorsteher gang und gäbe war.

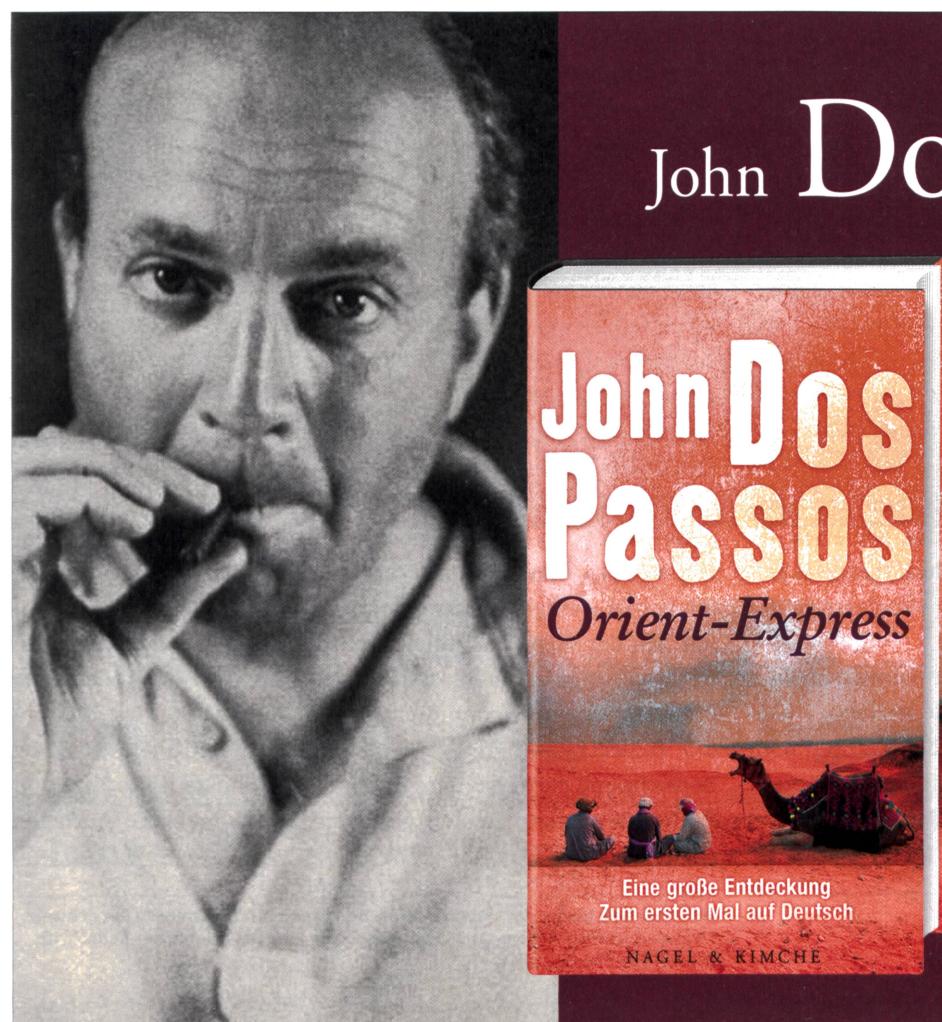
#### Ausnahme: Monetarismus

Ein Bereich, in dem die Schweiz durch eine klare neoliberalen Linie im Chicagoer Sinn hervorstach, war die Geldpolitik. 1970 richtete der in den USA an der University of Rochester lehrende Zürcher Ökonomieprofessor Karl Brunner, der 1951 in die USA übergesiedelt und ebenfalls MPS-Mitglied war, ein jährliches Seminar zur Geldtheorie in Konstanz ein. Später kam das Interlaken-Seminar dazu. Brunner ist heute zu Unrecht in Vergessenheit geraten. Er hat den Begriff Monetarismus geprägt, der für eine Denkschule steht, die es als einzige Aufgabe der Nationalbank ansieht, eine konstante Geldmenge zur Verfügung zu stellen, und verneint, dass eine Erhöhung der Geldmenge mittel- und langfristig zu mehr Beschäftigung führt. Brunner hatte in London bei Hayek studiert und sich intensiv mit der Rolle der politischen Institutionen auseinandergesetzt. Er prägte nicht nur eine Generation Monetaristen, die

danach die SNB und die privaten Schweizer Banken bevölkerten, sondern auch eine Generation Bürger, die Politik und Verwaltung kritisch gegenüberstanden und sich – ganz in der Tradition der MPS – bewusst waren, wie wichtig die Wortmeldung der Intellektuellen in der Öffentlichkeit ist.

Dass SNB-Ökonom Kurt Schiltknecht der SP angehörte, Beat Kappeler als Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes amtierte und Silvio Berner zunächst dem Keynesianismus anhing, erstaunt nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick wird klar, dass der Neoliberalismus, der im Staat den Hüter des Wettbewerbs erblickt, nur einen Steinwurf von der Sozialdemokratie zu verorten ist und zudem ausgezeichnete theoretische Argumente bereithielt, mit denen man der Vätergeneration gehörig an den Karren fahren konnte. Es war die 68er Generation junger Ökonomen, darunter auch Walter Wittmann, welche die neoliberalen Theorie endlich auch in der Praxis einforderte. Nachdem die SNB eher per Zufall im Januar 1973 als eine der ersten Zentralbanken den Wechselkurs freigegeben hatte (gemäß Schiltknecht hatte die SNB einfach genug von billigen Dollars), war die SNB auch genötigt, einen Ökonomen in ihre Reihen auf-

Anzeige



John Dos Passos

Eine sensationelle Entdeckung: 1921 reiste der später weltberühmte Schriftsteller John Dos Passos durch die Länder des Nahen Ostens – schon damals eine hochexplosive Gegend – und verfasste ein Reisejournal. Geschrieben mit knapper Präzision, ansteckender Neugier und Beobachtungsgabe, ist sein packender Bericht jetzt erstmals auf Deutsch zu entdecken.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork  
Mit einem Nachwort von Stefan Weidner  
208 Seiten. Gebunden  
sFr 26,90\*. Auch als E-Book  
[www.nagel-kimche.ch](http://www.nagel-kimche.ch)

NAGEL & KIMCHE  
BÜCHER DER SECHS

\* unverbindliche Preisempfehlung des Verlags. Foto: © R. H. Hoffmann, 1936

zunehmen, der sich mit den Lehren Haberlers, Friedmans und Brunners auseinandersetzt hatte und die neue Geldmengenpolitik wissenschaftlich begleiten konnte. Schiltknecht wurde eingestellt und erhielt von da an tägliche Telephonate Brunners, der ihn auch mit den neuesten wissenschaftlichen Artikeln aus den USA versorgte.<sup>3</sup>

### 1980er: Junge Neoliberale

Unter der publizistischen Ägide von Gerhard Winterberger, der nebst mehreren Büchern eine ansehnliche Publikationsliste zu wirtschaftspolitischen Themen hervorgebracht hatte, wurde in der Realwirtschaft die schweizerische Eigenart aber auch zunehmend zur Rechtfertigung von Reformunwilligkeit und Intransparenz herangezogen. Dem SGB-Generalsekretär Beat Kappeler soll Winterberger einmal vorgeworfen haben, den Untergang der Schweizer Wirtschaft herbeiführen zu wollen, dabei hatte sich dieser lediglich für die Abschaffung der stillen Reserven in der Buchführung ausgesprochen.<sup>4</sup> Kappeler erhielt als

Wie Silvio Borner treffend prophezeite, haben die Schweizer Neoliberale selbst den Neoliberalismus in Verruf gebracht.

SGB-Generalsekretär Ein-  
sitz in zahlreiche Kommissio-  
nen und setzte sich  
dort in einem Kleinkrieg  
mit Bürgerlichen und Ver-  
bandsfunktionären gegen  
Kartelle und Intranspa-  
renz ein. Borner blies 1976  
in einem Artikel für die  
«Monatshefte» («Schwei-  
zerischer Liberalismus heute – ein Diskussionsbeitrag») ins selbe  
neoliberalere Horn: Er kritisierte «die Symbiose von Staat und Pri-  
vatwirtschaft in ‹Verbänden› und Kassen, die letztlich ein Eigen-  
leben führen – auf Kosten von Staat und Wirtschaft.» Nicht über-  
lieferst ist, wie Winterberger, der nicht nur in den «Monatsheften»  
publizierte, sondern später gar Vorstandsmitglied wurde, folgen-  
den Satz aus Borner's Feder rezipierte: «Viele liberale Ökonomen  
sehen in diesem Vorgang eine ernste, vielleicht primäre Gefähr-  
dung für die Marktwirtschaft durch ihre eigenen Proponenten.» Es ist klar: Damit konnte nur Winterberger gemeint sein, der  
gerne auch vor dem bodenständigsten Publikum, wie etwa der  
Generalversammlung der Zentralschweizerischen Handelskam-  
mer in Luzern, längere Passagen aus Hayeks «Verfassung der  
Freiheit» zitierte.

Die MPS und die neoliberalen Kreise in der Schweiz stellten also in einer Epoche, in der neoliberaler Rezepte weltweit Hoch-  
konjunktur hatten, mit Gerhard Winterberger den «achten Bun-  
desrat». Dieser verteidigte jedoch – mit vollumfänglicher Rücken-  
deckung durch die «Sonntagspredigten» seiner MPS-Kollegen bei  
der NZZ, in seiner Amtszeit war dies Möttelis Nachfolger Willy

Linder – den Status quo. Linder trat im selben Jahr wie Winterberger – 1987 – zurück. Linder schoss mit Vorliebe auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaats in der Schweiz. Nicht nur der Agrarprotektionismus, sondern auch zahlreiche andere Bereiche, die einem erklärten Neoliberalen ein Dorn im Auge hätten sein müssen, blendete Linder aus und verlegte sich darauf, die Vorzüge des freien Marktes in abgehobenen intellektuellen Exkursen zu preisen. Es drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass der schweizerische Neoliberalismus der Nachkriegsjahrzehnte weder so neu noch radikal war und – gutbäuerlich ausgedrückt – gänzlich auf dem eigenen Jahrhundertealten Mist gewachsen ist. Wie Silvio Borner in den «Monatsheften» treffend prophezeite, haben die Schweizer Neoliberale selbst den Neoliberalismus in Verruf gebracht, indem sie schweizerischem Filz, undurchsichtiger Verbandswirt-  
schaft und mythischen Vorstellungen einer Bauern- und Gewer-  
belergesellschaft die Stange hielten und tatsächliche neoliberale Reformen zur Stärkung des Wettbewerbs vereitelten.

### Zaghafte Reformen

Erst nach Gerhard Winterbergers frühem Tod 1993 unter-  
nahm die Schweiz vorsichtige Schritte Richtung neoliberaler  
Gesetzgebung. Ein erster Schritt war das – im Vergleich mit den  
angelsächsischen Ländern immer noch äusserst zurückhaltende  
– Kartellgesetz von 1995. In der dritten Bundesverfassung von  
1999 wurde schliesslich die Verfassungsgrundlage für das Wett-  
bewerbsrecht gelegt und der Wettbewerb als Schutzgut der Wirt-  
schaftsfreiheit erwähnt. Das Fernmeldegesetz von 1997 ermög-  
lichte eine – wenn auch stark eingeschränkte – Öffnung des  
Telekommunikationsmarkts, das Elektrizitätsmarktgesetz wurde hingegen  
2002 vom Volk abgelehnt.

Die aus neoliberaler Sicht vorteilhafte Schwächung der  
schweizerischen Verbandswirtschaft nach der Ära Winterberger  
erfolgte hingegen nicht durch eine neutrale Gesetzgebung,  
sondern auf natürliche Weise. Spitzenposten in der schweizeri-  
schen Privatwirtschaft wurden zunehmend mit Ausländern  
besetzt, die weder dem Netzwerk der schweizerischen Miliz-  
armee noch politischen Parteien angehörten. Auch die Aktien  
grosser Schweizer Industrie- oder Finanzunternehmen wurden  
zunehmend von ausländischen Investoren gehalten. Im Gegen-  
zug wurden Ämter in den Verbänden an Schweizer vergeben,  
die immer weniger unternehmerisches Format vorweisen konn-  
ten. Mit der Wahl des Vollblutpolitikers Gerold Bührer, des ers-  
ten Nichtunternehmers in der Geschichte des Verbandes, zum  
Präsidenten von Economiesuisse im Jahr 2006 ging die Ära der  
schweizerischen Verbandswirtschaft definitiv zu Ende. Bezeichnend dafür ist, dass das Buch «Der helvetische Filz» von  
Walter Wittmann in den gleichen Jahren mehrere Auflagen  
erfahren hat. ▲

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: Beat Kappeler (Hg.): *Was vermag Ökonomie?*  
Zürich: NZZ Verlag, 2007.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu: Beat Kappeler: *Wie die Schweizer Wirtschaft tickt.*  
Zürich: NZZ Verlag, 2011.

Mehr zur Geschichte der «Monatshefte» und des Neoliberalismus in der Schweiz:  
Thomas Sprecher: *Schweizer Monat 1921–2012. Eine Geschichte der Zeitschrift.*  
Zürich: SMH Verlag, 2013.